

Debatte des Stadthaushaltes 2024 am 4.12.2023
Urban Mangold, Vorsitzender der ÖDP-Stadtratsfraktion

.....,

das Zahlenwerk des Haushaltes an sich kritisieren wir nicht, obwohl wir mehr Investitionen für Solarstrom, mehr Tempo bei der Verbesserung des stadtweiten Radwegenetzes und endlich mehr Verständnis für den Naturschutz einfordern.

Der Erfolg des Bürgerbegehrens ‚Rettet die Passauer Wälder‘ hat gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger wollen Natur und Wälder bewahren. Hier wie auch bei anderen Themen wurde im Stadtrat leider nicht ergebnisoffen diskutiert. Viel zu selten wird um die besten Lösungen gerungen. Das Abstimmungsergebnis ist in den Gremien leider durch den Machtanspruch der Stadtspitze Dupper/Sturm vorherbestimmt: bei der Bewahrung der Wälder wie auch bei der Bewahrung der Innpromenade.

Und das bedeutet für den Haushalt: Wenn es im Passauer Stadtrat Abstimmungen ohne Fraktions- und Koalitionszwang gäbe, dann wären den Steuerzahlern schon viele unnötige Ausgaben erspart geblieben.

Traditionell wird in einer Haushaltsdebatte nicht nur über das Zahlenwerk befunden, sondern auch das politische Geschehen bewertet, die politische Richtung, insbesondere im ablaufenden Jahr. Da gibt es etliche Kritikpunkte:

- Unnötige Kosten von 230.000 Euro hat die Stadt nach eigenen Angaben für die Ausweisung des Jägerholz als Gewerbegebiet verbraten, ob wohl doch schon sehr früh der Widerspruch in der Bevölkerung erkennbar war. Warum waren Sie da nicht näher am Menschen, Herr Oberbürgermeister? 300 Unterschriften gegen das Vorhaben wurden bereits 2018 übergeben und dann nochmals 900 im Jahr 2020. Und dann schließlich 7000 heuer beim Bürgerbegehren.

So viel Geld wurde unnötig ausgegeben, nur weil der OB Einwendungen der Bürgerschaft in den Wind geschlagen hat. Wir bitten die Stadtratsmehrheit, in Zukunft näher am Menschen zu sein. Das alles hätten wir uns auch sparen können.

- Unnötige Kosten wurden auch erzeugt, weil die von uns vorgeschlagene Zusammenlegung des Bürgerentscheids mit der Wahl verweigert wurde.... 18 Bürgerentscheide andersorts ...
- Das Bürgerbegehren hat nun aber nicht nur haushoch gewonnen, sondern auch etwas Bemerkenswertes offen gelegt. Zahlreiche Gruppierungen haben jetzt beim Wald-Bürgerbegehren gesagt: „Da helft ma jetzt alle zam“. Diese gebündelte Kraft mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen hat nun doch Eindruck hinterlassen – davon zeugt auch der aktuelle Meinungsbildungsprozess der SPD-Fraktion in Sachen Hochwassermauer an der Innpromenade.

Es gibt noch weitere Kritikpunkte:

- Zu brachial erschien uns auch die Standortsuche für den neuen Recyclinghof in der Innstadt ...
- Völlig unverständlich ist, dass der Straßenbelag in der Schmiedgasse erneuert wurde, ohne dass dieser fußgängerunfreundlichste Gehsteig der Stadt Passau verbreitert wurde. Kann man nicht machen. Der Antrag kommt ja schließlich von der ÖDP.
- ... Und dann immer wieder der lähmende Verweis „kommt schon noch im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes“, immer dann wenn die Opposition darauf drängt, dass bei bestimmten Themen endlich etwas passieren und schneller vorangehen muss: So war das beispielsweise beim ÖDP-Antrag Dachbegrünung, ÖDP-Antrag Lichtverschmutzung, ÖDP-Antrag Energiesparwettbewerb ... und und und
- Abgelehnt hat die Stadtratsmehrheit unseren Antrag „Mehr Kontrolle durch Minderheits- und Anfragerechte“. Demokratische Debatten werden eingeschränkt, wenn – wie jetzt in der Geschäftsordnung neu geregelt – Anfragen nun nur noch im nichtöffentlichen Sitzungsteil der Ausschüsse möglich sind. Das ist intransparent! Demokratie ohne Transparenz gibt es aber nicht.
- Wie wir inzwischen wissen, sieht der Oberbürgermeister die Demokratie bei ganz anderen Ereignissen am Tiefpunkt. Als Tiefpunkt der Demokratie bezeichnete der OB den spontanen Beifall überwiegend älterer Menschen für das Bürgerbegehren im Stadtrat. Aus Verärgerung hierüber führte er eine absurde Taschenkontrolle für Sitzungsbesucher ein. Ein unmöglicher Vorgang. Nirgendwo sonst in Bayern gibt es so etwas.
- Desaströs war auch der Umgang mit den Verantwortlichen der Tafel. Ein Vorgang, der zu derartigen Verwerfungen führt, kann nicht als normal eingestuft werden.

Es muss sich also einiges ändern. Schon diese wenigen von vielen möglichen Beispielen dokumentieren, dass die Stadtpolitik nicht auf dem richtigen Weg ist.

Fast jeder Vorschlag der Opposition wird blockiert. Vieles Nützliche und Sinnvolle scheitert an dieser Machtpolitik. Und das ist nicht gut für die Stadt.

Und unter diesen Umständen hätten wir genügend Anlässe, die Zustimmung zum Haushalt zu verweigern. Trotzdem setzen wir nicht auf Konfrontation. Wir stimmen dem Zahlenwerk für 2024 zu und sind zur Zusammenarbeit bereit, auch wenn das nicht auf fruchtbaren Boden fallen sollte. Weil es um unsere Stadt geht.